

ANTWORT

AUF AKTUELLE FRAGEN

lu den Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten

nach der Normalisierung der Beziehungen werden oft Fragen gestellt. Wer darauf antworten will, muß mit mehreren Faktoren rechnen. Zunächst: es handelt sich hier um die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten >wie um die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Regierung der DDR und dem Senat der besonderen politisierten Einheit Westberlin.

indeutige Haltung der DDR

In der Regierungserklärung führte der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, mit, daß die Normalisierung der Beziehungen zur westdeutschen Bundesrepublik und die Normalisierung der Beziehungen zum Senat von Westberlin die Punkte 10 und 11 in das Arbeitsprogramm des Ministerrates aufgenommen worden sind. Genosse Stoph hat erwidert und dazu versichert, daß die DDR nach wie vor zu gleichberechtigten Verhandlungen zwischen den Regierungen beider deutscher Staaten bereit ist. Das Nächstliegende wäre, sagte er, Vereinbarungen zwischen den Regierungen über

Was die Staatsführung der DDR angeht, so ist die Antwort gegeben. Der Staatsrat der DDR hat nach seiner Wahl am 13. Juli vor der Volkskammer mit der Erklärung Walter Ulbrichts eindeutig kundgetan: „Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik wird — das versichere ich — im Sinne des von den Wählern erteilten Auftrages beharrlich um die friedliche Koexistenz mit der westdeutschen Bundesrepublik bemüht sein.“

die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten und über den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland. In der Regierungserklärung wurde ferner unsere Bereitschaft unterstrichen, Verhandlungen über Sachfragen zwischen den Ministern für Verkehr, Post und Fernmeldewesen sowie Handel beider deutscher Staaten aufzunehmen.

Das ist unsere eindeutige Haltung zu dieser Frage. Wir stellen keine Bedingungen. Auf der Grundlage der real beste-

henden politischen und staatlichen Verhältnisse, wie sie sich nun einmal in zwei Jahrzehnten herausgebildet haben, ist die Regierung der DDR bereit zu Vereinbarungen mit der Regierung der westdeutschen Bundesrepublik. Und zweifellos ist der Grundsatz, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten abhängig ist von der Aufnahme normaler Beziehungen zwischen unserer Regierung und der Regierung Westdeutschlands, der einzig erfolgversprechende. Gewiß würden solche Vereinbarungen zwischen den Regierungen von der großen Mehrheit der Bürger beider Staaten begrüßt werden.

Tatsächlich haben sich westdeutsche Bürger bei kürzlich durchgeführten Meinungsbefragungen zu über 74 Prozent für offizielle und gleichberechtigte Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen ausgesprochen. Nur sechs Prozent sprachen sich dagegen aus. Anhänger der CDU stimmten zu 73 Prozent, Anhänger der SPD zu 80 Prozent für direkte Verhandlungen zwischen den Regierungschefs. Das könnte ein Faktor von gleicher Klarheit sein, wie der dargelegte Standpunkt der DDR, wenn diese Meinung der Mehrheit der Westdeutschen von der Bonner Regierung respektiert und also Regierungspraxis wäre oder würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Herr Kiesinger konnte zwar einem Antwortbrief auf das Schreiben des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Willi Stoph, vom 10. Mai 1967, nicht